

Agenda 2009 – Wahlkampf!

Das laufende Jahr 2008 steht wirtschafts- und sozialpolitisch ganz besonders im Zeichen der „Agenda 2010“. Denn ohne die Schröder-Agenda hätte es keine vorgezogenen Neuwahlen gegeben und die Wahlen des Jahres 2009 würden nicht bereits das Jahr 2008 wesentlich bestimmen. Es ist zu erwarten, dass in diesem Jahr die große Koalition nicht mehr viel bewegen kann und wird, dafür werden aber zunehmend Themen für den Wahlkampf in Stellung gebracht werden. Insofern dürfte 2008 ein heißes Diskussionsjahr werden, in dem sich Reform-Forderungen zunehmend überschlagen werden. Und wieder werden Struktur-Reformen – wie bereits bei der Agenda 2010 – im Vordergrund stehen. Aber es werden verteilungspolitische Themen sein, die die Diskussion der Agenda „2009“ beherrschen werden. Denn einige alte Verteilungsprobleme wurden in den letzten Jahren vernachlässigt.

Viele Ökonomen werden die wahlkampfbedingte Reform-Untätigkeit lautstark beklagen. Man kann das freilich auch anders sehen: die weitgehende Reformpause der Großen Koalition hat der Konjunktur gut getan. Und fertige Konzepte für weitere Großreformen liegen keineswegs – wie gerne mit dem Wort „Umsetzungsdefizit“ behauptet wird – ausgearbeitet vor. Beispielsweise gibt es keinen Königsweg der Gesundheitsreform, der den durch Verschwendung verursachten Beitragssatzanstieg sicher stoppen würde. Man sollte deswegen erst mal in Ruhe abwarten, wie die letzte Reform wirkt. Der Gesundheitsfonds, der den Krankenversicherungen pauschal Mittel zuweist, hat das Ziel, den kostensenkenden Wettbewerb zu stärken. Es zeichnet sich in der Tat ab, dass mehr und mehr Krankenversicherungen ernsthaft versuchen, den Wettbewerb zwischen Ärzten und Krankenhäusern zu schüren und im Interesse ihrer Versicherten auszunutzen.

Für die Pflege-Versicherung, eine weitere beliebte Reform-Baustelle, auf die aufgrund der Alterung mit Sicherheit rasch ansteigende und bislang ungedeckte Finanzierungslasten zukommen werden, gibt es auch keine Ideallösung. Denn die vielgepriesene Kapitaldeckung löst keinerlei kurz- und mittelfristiges Problem. Im Gegenteil: der notwendige Ansparprozess führt – wie die Riester-Rente – zu Verunsicherung und eine die Konjunktur belastende Konsumzurückhaltung. Ein sinnvoller Weg für die Pflegeversicherung muss erst noch ausgearbeitet werden. Die Rürup-Kommission hatte einen Weg skizziert, aber keineswegs hat sie ein direkt umsetzbares Konzept vorgelegt. Dass der Gesetzgeber eine nur vage Blaupause, wie sie die Hartz-Empfehlungen darstellten, versucht „eins-zu-eins“ umzusetzen, kann man nun wirklich nicht empfehlen, wenn jemandem – wie der Ökonomenzunft – eine rationale Politikgestaltung wichtig ist. Die „Hartz-Gesetze“ haben die Ideen von Peter Hartz nicht verwässert, wie er gerne behauptet, sondern die gestaltende Arbeit der Ministerialbeamten hat es überhaupt erst möglich gemacht, dass es halbwegs praktikable Gesetze geben konnte. Die Pflegereform sollte man vernünftiger angehen.

Im Jahr 2008 wird die Alterssicherung wieder ins Gespräch kommen. Dies ist keine Katastrophe, sondern war für Fachleute immer absehbar. Denn es wird nie eine endgültige Rentenreform geben, von der einige träumen. Die Alterssicherung ist eine ständigen Anpassungserfordernissen ausgesetzte Angelegenheit, die man nicht auf Jahrzehnte fixieren kann. Auch die wiederum hier vielgepriesene Kapitaldeckung schafft keine Sicherheit, denn der Zins auf das angesparte Kapital schwankt nun einmal und damit „wackelt“ auch ein kapitalgedecktes Rentensystem ständig. Immer wieder erleben wir, dass Lebensversicherungen bei der Auszahlung weniger wert sind, als man erhofft hatte – und als versprochen wurde.



Gert G. Wagner

Die öffentliche Diskussion um die Alterssicherung in Deutschland beschäftigt sich zwar noch immer mit den vermeintlichen Finanzierungsproblemen der künftigen Alterung der Gesellschaft. Tatsächlich sind mit der neuen, abgesenkten Rentenformel und der künftig höheren Altersgrenze, der „Rente mit 67“, die finanziellen Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung – so weit sie heutzutage absehbar sind – erst einmal pragmatisch gelöst, soweit überhaupt eine „Lösung“ möglich ist. Gleichzeitig jedoch stimmen die Strukturen der Rentenversicherung weniger denn je. Die Rürup-Kommission hatte diese Thematik faktisch ausgeklammert, um bei der Finanzreform weiterzukommen. Es wurde nur nebulös davon gesprochen, die Entwicklung etwa der Beschäftigungsstrukturen und der Altersarmut zu beobachten. Ein genauerer Blick zeigt jetzt solchen Handlungsbedarf. In Ostdeutschland gehen mehr und mehr Wende-Verlierer in Rente, die 15 Jahre Langzeitarbeitslosigkeit (in der einen oder anderen Form) hinter sich haben und deren Rente zum Leben nicht mehr ausreicht. In den nächsten Jahren wird dieser Rentner-Typus zwangsläufig weiter zunehmen. Bert Rürup hat sich deswegen zum Jahresanfang – testweise – für eine steuerfinanzierte Mindestrente ausgesprochen, die Rentner deutlich besser stellt als die Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld.

Die Deutsche Rentenversicherung plädiert sogar für die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die Versicherungspflicht. Das wäre eine ordnungspolitisch radikale Strukturreform. Arbeiter und Angestellte sind automatisch über das gesetzliche Rentensystem abgesichert. Und Freiberufler wie Ärzte, Architekten, Anwälte oder Apotheker sind in obligatorischen Branchen-Versorgungswerken organisiert – d.h. in einem Zwangssystem, wie die Kritiker der gesetzlichen Rente gern sagen. Doch Selbstständige außerhalb solcher „verkammerten“ Berufe müssen in Eigenregie für den Ruhestand vorsorgen. Und da hapert es oft. Bei etlichen der etwa 2,3 Mio. Solo-Selbstständigen, die also keine Mitarbeiter beschäftigen und oft von ganz wenigen Kunden beziehungsweise Auftraggebern abhängen, muss man sich Sorgen machen, dass sie und ihre Hinterbliebenen im Alter unter der Armutsgrenze leben müssen. Nun argumentieren viele, dass diese Freiheit der Nichtversorgung zu einer freiheitlichen Gesellschaft dazugehöre. Dabei wird aber vergessen, dass diese Gesellschaft eine Mindestsicherung garantiert. Die Freiheit der Nichtvorsorge kostet den Steuerzahler also Geld, die Frage nach Pflichtvorsorge ist somit berechtigt. Die Forderung, aus Gründen der Vorsicht alle Selbstständigen, im Grunde alle Erwerbstätigen, in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, ist also gerade in einer freiheitlichen Gesellschaft, die Sozialgeld als letztes Netz zahlt, das gleichzeitig aber nicht ausgebeutet werden sollte, alles andere als absurd. Aber die Details sind keineswegs ausgearbeitet. Vielmehr ist eine Diskussion notwendig. Und dafür können Wahlkampfzeiten sogar hilfreich sein. Auch bezüglich der zunehmenden Ungleichheit der Erwerbs- und Netto-Einkommen ist eine politische Diskussion notwendig. „Hartz IV“ hat faktisch einen Arbeitsmarkt für Kombilöhne geschaffen. Es zeigt sich, dass diese durchaus funktionieren, aber nicht das jahrelang angepriesene Allheilmittel sind. Vielmehr provozieren sie eine Diskussion um Mindestlöhne – also ein Instrument, das von den meisten Ökonomen äußerst skeptisch eingeschätzt wird.

Ganz andere Fragen der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums stellen sich bezüglich der exorbitanten Managergehälter und der Umverteilung der Verluste großer Banken wie der Sachsen LB und der IKB. Auch die Frage der funktionalen Verteilung der Einkommen, also die Frage nach dem Verteilungsspielraum für Lohnerhöhungen, stellt sich scharf wie seit Jahren nicht mehr.

*Gert G. Wagner ist Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaftslehre an der TU Berlin und
Forschungsdirektor am DIW Berlin. Er war Mitglied der Rürup-Kommission.
gwagner@diw.de*